

Demokratie in Gefahr? Wölbitsch und Olischar warnen vor Reformen!

Am 23.04.2025 diskutiert der Wiener Gemeinderat über Reformen der Geschäftsordnung und deren Auswirkungen auf die Demokratie.

Wien, Österreich - Am 23. April 2025 wurde im Wiener Gemeinderat eine wichtige Sitzung abgehalten, die sich mit der Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates sowie der Bezirksvertretungen befasste. In dieser Sitzung äußerte die Wiener Volkspartei scharfe Kritik an der intransparenten Entstehung der Reform und der unausgewogenen Ausgestaltung, die ihrer Meinung nach die Stärke der parlamentarischen Kontrolle gefährdet. **OTS** berichtet, dass die Hauptkritikpunkte die Schwächung wichtiger Kontrollinstrumente und ungelöste Konstruktionsfehler der Untersuchungskommission umfassten.

Der Klubobmann der Wiener Volkspartei, Markus Wölbitsch, warf der Regierung vor, die Vorschläge der Opposition nicht ernsthaft in Betracht gezogen zu haben. Er warnte, dass das Gleichgewicht zwischen Regierung und Opposition systematisch untergraben werde. Besonders kritisch stellte er die Rolle des Magistrats in der Untersuchungskommission in Frage, da eine Selbstkontrolle der Verwaltung stattfinde.

Kritik an den Reformen

Gemeinderätin Elisabeth Olischar betonte die essentielle Rolle der Opposition für eine funktionierende Demokratie. Sie warnte, dass die aktuellen Reformen in die falsche Richtung gehen und

die Minderheiten nicht entmachtet werden dürfen. Zentrale problematische Aspekte der Reformen beinhalten unter anderem die Reduktion von Redezeiten, fehlende Mitbestimmungsmöglichkeiten und Eingriffe in die Kontrollrechte.

Wölbitsch und Olischar forderten, dass ein echter Reformwille notwendig sei und warnten vor einer reinen Symbolpolitik. Die Wiener Volkspartei bekräftigte ihr Engagement für transparente Kontrollen und eine starke Opposition, um echte Mitbestimmung zu gewährleisten.

Stärkung des Parlamentarismus

Parallel zu diesen Diskussionen setzt sich die Fortschrittskoalition für die Stärkung des Parlamentarismus im Gemeinderat und Landtag ein. Laut [wien.gv.at](https://www.wien.gv.at) wird ein Ziel dieser Koalition darin gesehen, die Kontrollrechte auszubauen und das öffentliche Interesse zu erhöhen. Die geplante Digitalisierung soll sowohl den Gemeinderat als auch den Landtag transparenter und bürgernäher machen.

Zu den Maßnahmen gehören die Evaluierung des Projekts eines „papierlosen Landtags und Gemeinderats“ sowie die Veröffentlichung von Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen vier Wochen vor der Beschlussfassung. Zudem wird ein politisches Bildungsprojekt für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen, das an der Demokratiewerkstatt des Österreichischen Parlaments orientiert ist.

Transparenz in der Politik

Die Diskussion um Transparenz in der Politik spielt eine zentrale Rolle in diesem Kontext. Transparenz wird allgemein als essenziell für die Demokratie angesehen, da sie den Bürgern ermöglicht, Probleme zu erkennen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. In dieser Thematik besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer offenen

Kommunikation zwischen politischen Akteuren und der Öffentlichkeit, wie auf **Wikipedia** beschrieben wird.

Die Metapher des „gläsernen Abgeordneten“ verdeutlicht den Wunsch nach Offenheit. Transparenz wird nicht nur als Mittel gegen Desinformation und Korruption betrachtet, sondern fördert auch die Rechenschaftspflicht. Kritiker befürchten jedoch, dass übermäßige Transparenz die Regierungsarbeit behindern könnte. Dennoch sind sich viele einig, dass transparente Politik eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie darstellt.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.wien.gv.at• de.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at